

„Nicht erziehen lassen, um für Deutschland zu sterben.“

Ein Interview mit Helmut Peitsch

Helmut Peitsch studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Philosophie an der Freien Universität Berlin (1966-1973). 1976 wurde er mit einer Arbeit zu Georg Forster (*Georg Forsters „Ansichten vom Niederrhein“. Zum Problem des Übergangs vom bürgerlichen Humanismus zum revolutionären Demokratismus*, Bern 1978) promoviert. Anschließend (1978-1985) war er Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Germanistik der FU Berlin, wo er sich 1983 mit einer Arbeit zum Thema *„Deutschlands Gedächtnis an seine dunkelste Zeit“. Zur Funktion der Autobiographik in den Westzonen Deutschlands und den Westsektoren von Berlin 1945 bis 1949* (Berlin 1985) habilitierte. Ab 1985 war er zunächst DAAD-Gastdozent an der University of Leeds, dann Lecturer/Senior Lecturer an der University of Wales, Swansea, und Gastprofessor an der NYU, bis er 1995 als *Professor of European Studies* an die Cardiff University berufen wurde. 2001 wechselte er als Professor für Neuere Deutsche Literatur an die Universität Potsdam. In seinen Forschungen widmete er sich insbesondere der Nachkriegsliteratur in Ost und West (*Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-1949. Bd.1,2*. Berlin 1982, 1984, m. Klaus Scherpe und Jost Hermand; *European Memories of the Second World War*, New York, Oxford 1999, m. Charles Burdett und Claire Gorrara) sowie fach- und theoriegeschichtlichen Fragestellungen („Warum wird so einer Marxist?“ Zur Entdeckung des Marxismus durch bundesrepublikanische Nachwuchsliteraturwissenschaftler“, in: Rainer Rosenberg u.a. (Hg.): *Der Geist der Unruhe. 1968 im Vergleich Wissenschaft – Literatur – Medien*, Berlin 2000, S.125-151; „Das Ende, Erbe und Potenzial materialistischer Literaturtheorie“, in: *Literatur. Macht. Gesellschaft. Neue Beiträge zur theoretischen Modellierung des Verhältnisses von Literatur und Gesellschaft*, hg. vom Promotionskolleg Literaturtheorie, Heidelberg 2015, S. 141-169). Helmut Peitsch wird am 31.3.2016 verrentet und am 1.4.2016 Senior Research Fellow an der Humboldt-Universität.

undercurrents: Sie waren seit den späten 60er Jahren in der Literaturwissenschaft tätig. Haben Sie Ihre Arbeit als politisch verstanden? Und was bedeutete das für Sie?

Helmut Peitsch: Ende der 60er Jahre war ich Student. Ich habe 1966 angefangen zu studieren. Das war der Zeitpunkt, als die durch den sogenannten ‚Bildungsnotstand‘, der nach dem Sputnik-Schock erkannt wurde, geforderten Studienreformen durchaus von oben einsetzten. Ich war also in meinem ersten Semester konfrontiert mit der Entscheidung, ob ich in das Althochdeutsch-Seminar gehe oder zu dem, was dann das erste *sit-in* in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde. Ich habe mich für das *sit-in* entschieden. Mit schlechtem Gewissen, aber letztlich stehe ich heute noch zu der Resolution, die da verabschiedet worden ist – der Verfasser war der spätere sozialdemokratische Politiker Knut Nevermann. Der darin formulierte Zusammenhang zwischen dem, was an der Universität geschieht und geschehen

muss, und der gesamten Gesellschaft wurde auf den Begriff der Demokratisierung gebracht, Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, und es wurde ausdrücklich in dieser Resolution auf außeruniversitäre Kräfte verwiesen, mit denen man zusammenarbeiten müsse. In dem Sinn: Sich in der wissenschaftlichen Arbeit der Zusammenhänge, in denen man sie leistet, bewusst zu werden, dabei ist es geblieben, wenn auch mit Veränderungen der politischen Position, denn 1969 habe ich Wahlkampf für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, „Wir schaffen das moderne Deutschland“, im Wahlkreis Minden-Lübbecke mit einem VW-Bus betrieben. Und Ende 1970 habe ich mich dann entschieden, in die Sozialistische Einheitspartei Westberlin, SEW, einzutreten.

undercurrents: Sie haben in Ihren frühen Forschungen zum Jakobinismus gearbeitet, speziell zu Georg Forster. Hatte das politische Hintergründe für Sie?

Helmut Peitsch: Die Wahl des Themas war ja eingebettet in das „Westberliner Projekt“, den „Grundkurs 18. Jahrhundert“, den eine Reihe von FreundInnen von mir zusammen mit Gert Mattenklott erarbeitet haben, publiziert wurde er dann von Mattenklott und Klaus Scherpe in ihrer Reihe „Literatur im historischen Prozess“. Die eigentliche Zusammenarbeit mit Mattenklott begann 1971, und abgeschlossen wurden unsere Staatsexamens- bzw. Magisterarbeiten 1973, 1974 erschien dann der Band. Dass es bei mir auf Jakobinismus hinauslief, lag an dem Konzept des 18. Jahrhunderts, das wir uns gemeinsam wesentlich in Auseinandersetzung mit der Forschung aus der DDR, aber was den Jakobinismus angeht, auch mit Walter Grab, erarbeitet hatten. Ich hatte eine Reihe von Reisebeschreibungen gelesen, und Forsters „Ansichten vom Niederrhein“, das macht ja dann auch der Untertitel der Dissertation deutlich, interessierten mich wegen dieses „Übergangs vom bürgerlichen Humanismus zum revolutionären Demokratismus“. Ich habe nicht nur, wie im Vorwort steht, mit Hinweis auf Egon Erwin Kischs Polemik gegen die Denkmäler vor der HU Berlin – also überall die Humboldts und Forster gibt's nirgendwo – einen Beitrag zur Diskussion um deutsche Traditionen leisten wollen. Das hing jedoch schon damit zusammen, dass der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann die Konkurrenz um das demokratische Erbe mit der DDR eröffnet hatte – mit seiner Rede in Bremen zur Schaffermahlzeit, explizit ein sozialdemokratischer Anspruch auf die revolutionären DemokratInnen. Da hatte die Zuspitzung auf die Schwierigkeiten des bürgerlichen Humanisten mit revolutionären Volksbewegungen, die Gewalt anwenden, einerseits und andererseits mit Volksbewegungen, die vom Klerus reaktionär geführt werden, den Reiz, sich dazu eine Position zu erarbeiten. Und dabei ist es insofern geblieben, als die Wahl der Themen, bis hin zur Frage der Lehrveranstaltungen fürs nächste Semester, für mich etwas zu tun hat mit Politik. Dazu gehört auch, dass ich für mein letztes Semester z.B. ein Seminar zum Thema „Wie politisch ist die Gegenwartsliteratur?“ ankündigte und erfahren musste, dass es das schlechtest besuchte Seminar ist, das ich je gehabt habe. Weil dieses Thema meine Studierenden nicht unmittelbar interessiert. Es gab eine AutorInnen- und Titelliste im Ankündigungstext. Weder Michael Wildenhain noch Raul Zelik, aber auch nicht Juli Zeh und Kathrin Röggla haben sozusagen gefunkt.

undercurrents: Sie haben bereits einige historische Konstellationen bzw. Ereignisse angesprochen, die für Ihre Politisierung wichtig waren. Welche anderen Kontexte jenseits der Universität haben zu Ihrer Politisierung beigetragen, erstens, und zweitens, wie wichtig war es wiederum für Sie, gerade an der Universität Politik zu machen?

Helmut Peitsch: Politisiert worden bin ich als Schüler. Das ergab sich aus den Widersprüchen, den widersprüchlichen Kontexten. Mein Vater ist sehr früh gestorben, meine Mutter, tief religiös, altlutherisch. „Jederman sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat“, Römer 13 galt kategorisch. Das erste Mal, dass ich sie als Kind fragte, was sie gewählt hat, weil das ja auf dem gemeinsamen Kirchgang geschah, das Wahllokal lag auf dem Weg, da sagte sie: „Ein Christ wählt CDU“. Der zweite Spruch, den sie meinem Bruder und mir zu vermitteln versuchte, war: „Jeder kehrt vor seiner Tür, dann ist sauber das ganze Stadtquartier.“ Das ist die Entsprechung zu Römer 13, profan ausgedrückt. Und zugleich gab es sowohl in der altlutherischen Kirchengemeinde den Konfirmandenunterricht, wo der Pastor von seinen Kriegserlebnissen schwärmte, als auch den Schulunterricht, wo es die Lehrer taten. Es gibt eine sehr gute Untersuchung meines altsprachlichen Gymnasiums in Minden/Westfalen im Vergleich mit einem Dresdener Gymnasium in der Zeit von 1945-55, wo für Minden die Renazifizierung des Lehrkörpers nachgewiesen wird, also alle die, die von der britischen Besatzungsmacht und der Entnazifizierung aus dem Lehrkörper entfernt worden waren, kehrten Anfang der 50er Jahre aufgrund Artikel 121 des Grundgesetzes wieder zurück. Und ich hatte fast nur solche Lehrer, darunter zwei ehemalige Direktoren von Napolas. Es gab auf der Schule nur einen einzigen sozialdemokratischen Lehrer, der auch in der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit aktiv war und im Christlichen Versöhnungsbund, ein Pazifist. Allerdings warnte er mich dann auch, als ich an den Ostermärschen teilzunehmen begann, vor den KommunistInnen, die er in der Kleinstadt persönlich kannte. Zu diesen Widersprüchen kam der zwischen dem, was in der Schule gelehrt wurde, und dem, was in den öffentlich-rechtlichen Medien erfahrbar war, also Rundfunksendungen wie „Das literarische Caféhaus“ mit Hans Mayer und Marcel Reich-Ranicki, die z.B. mit Theodor W. Adorno sprachen. Dazu muss ich aber auch sagen, dass es unter den Assessoren einen gab, der mit uns 1963 eine Klassenfahrt nach Frankfurt machte und dort mit uns in eine Vorlesung von Adorno ging, und das erste, was ich von Adorno gekauft habe, war der in demselben Jahr erschienene *edition suhrkamp*-Band „Versuche“, und klar, dass ich bis heute mit Studierenden den Text am meisten lese: „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“. Also die Politisierung fing in diesen Widersprüchen an. Zu diesen gehört auch, dass ich am 13. August 1961 in der DDR war, das war der zweite Besuch mit meiner Mutter und meinem Bruder bei dem Teil dieser mütterlicherseits ostpreußischen Bauernfamilie, der in Thüringen gelandet ist, also meist Cousinen meiner Mutter, für uns Tanten. In dieser Familie gab es ein einziges SED-Mitglied, das war am Ende der DDR Oberst der Nationalen Volksarmee, der aber gegen die Vorschriften am 20. August, also eine Woche nach dem 13. August, uns von Friedrichroda nach Buchenwald fuhr. Von Weimar habe ich nichts gesehen. Es war ausschließlich Buchenwald. Ich kann mich noch erinnern an die Beschämung, dass ich den Namen von Rudolf Breitscheid, dem Sozialdemokraten, der dort ermordet worden ist, nicht kannte. Und

ansonsten über KommunistInnen so dachte, wie es mir beigebracht worden war. Also zur DDR gehörte auch, dass ich nicht von diesem angeheirateten Onkel direkt, aber von ihm über andere Verwandte dann Arnold Zweigs „Streit um den Serganten Grischa“, Ludwigs Renns „Krieg. Nachkrieg“ und Anna Seghers „Aufstand der Fischer von St. Barbara“ geschickt bekam. Und ich hatte mir auch schon selbst beim ersten Aufenthalt in Friedrichroda z.B. von Brecht, bevor er bei uns in der *edition suhrkamp* erhältlich wurde, alles, was es in DDR-Reclam gab, gekauft. Und zur Schule gehört auch, dass ich eine Schülerzeitung mitgründete, mit dem von Arthur Millers Roman über Antisemitismus im Nachkriegsamerika bezogenen Titel, der am altsprachlichen Gymnasium also „Focus“ hieß. Mein Artikel zur ersten Nummer brachte mir eine Schulkonferenz ein, weil ich darüber geschrieben hatte „Was mich an meiner Schule ärgert“. Und was mich an der Schule geärgert hatte, war im Wesentlichen, dass – ich habe jetzt den Artikel zum ersten Mal nach diesen fünf Jahrzehnten nachgelesen – dass die Schule genauso aussieht wie die Schule in Heinrich Bölls „Wanderer, kommst du nach Spa...“. Und dieses, ich werde hier erzogen, um für Deutschland zu sterben, das war, glaube ich, das treibende Moment bei mir.

undercurrents: Und dass Politik für Sie wichtig war und Sie politisch aktiv wurden, hat sich vermutlich auch während des Studiums und der Promotion weiter fortgesetzt?

Helmut Peitsch: Ja. Deswegen habe ich ja Berufsverbot bekommen. Es ist sicherlich für die Radikalisierung von der SPD nach links wichtig gewesen, dass es der Zeitpunkt der Reform war, ein neues Hochschulgesetz, und zwar eins, das den Forderungen der StudentInnenbewegung und der Gewerkschaften nach Viertelparität in den Gremien entsprach. Ich wurde StudentInnenvertreter in einem Gremium, wo wir, wenn man linke ProfessorInnen gewann, die es gab, eine Mehrheit mit den sogenannten anderen Dienstkräften und den AssistentInnen, wie sie damals hießen, bilden konnte. Und so tatsächlich die ProfessorInnenmehrheit überstimmbare war, und auf diese Weise z.B. die Berufung von Fritz J. Raddatz verhindert werden konnte. Das geschah allerdings auch in Form einer Aktion: Raddatz las einen Text, der schon gedruckt war. Wir hatten den vervielfältigt und haben laut mitgelesen und damit war seine Bewerbung geplatzt. Für mich ist die heute herrschende Rede von ‚68‘ problematisch, die eben dieses Ineinander von reformistischen, antiautoritären und dann marxistisch-leninistischen, in den verschiedensten Varianten organisierten Tendenzen einebnet, was ja auch verschiedene Phasen der StudentInnenbewegung sind. Ich habe mein erstes Seminar zu, wie es heute heißt, ‚68‘ im Sommersemester 1977 gemacht, denn der 10. Jahrestag der StudentInnenbewegung war der 2. Juni 1977. Die Festlegung auf ‚68‘ (ich habe das einmal anhand der Presseberichterstattung der Jubiläen untersucht) setzte sozusagen mit Stammheim ein, weil dann die Einbahnstraße in den Terror gut erzählt werden konnte. Aber die tatsächlich überwältigende Mehrheit der Studierenden sind 1969 linke SozialdemokratInnen geworden. Statt dieses radikal-demokratischen Schubs die Wendung zum Terror einer winzigen Minderheit zum Repräsentativen zu machen, das ist wirklich das Kunststück der 80er Jahre, was dann durch die politische, mediale und wissenschaftliche Verarbeitung des Endes der DDR in Richtung Totalitarismustheorie noch einmal verstärkt worden ist.

undercurrents: Sie haben beschrieben, dass Ende der 60er Jahre Universität und linke Politik eng ineinander gegriffen haben. Wie hat sich dieses Verhältnis entwickelt und welche historischen Zäsuren würden Sie in diesem Zusammenhang setzen?

Helmut Peitsch: Das ist für mich ganz schwierig zu beurteilen, weil ich die Bundesrepublik 1985 verlassen habe und 2001 in die erweiterte Bundesrepublik, in einen Teil der Bundesrepublik, in dem ich noch nie gewesen war, nach Potsdam, zurückgekehrt bin. Natürlich habe ich das Bundesverfassungsurteil mit der Abschaffung der Viertelparität und gewisse Entwicklungen der 70er und frühen 80er Jahre noch mitgekriegt, aber auch in den frühen 80er Jahren war ich als wissenschaftlicher Assistent Teil einer Gruppe, die „linker Mittelbau“ hieß. Und wir haben da z.B. Habermas' Polemik mit der Postmoderne gemeinsam diskutiert, aber die theoretisch-methodische Orientierung war letztlich Konsens: Literaturgeschichte als Sozialgeschichte. Das Aufbrechen dieses Konsenses und dieser Verbindung von theoretisch-methodischer und politischer Orientierung habe ich nicht mehr miterlebt. Dieser linke Mittelbau der späten 70er und frühen 80er Jahre hatte ein Spektrum, in dem sowohl die linken SozialdemokratInnen als auch unsereiner, also SEW, aber eben auch die MaoistInnen, das war bei uns im Wesentlichen die KPD/AO, vertreten waren. Man hat zusammengearbeitet – letztlich war ich auch schon als StudentInnenvertreter neben zwei Maoisten der dritte Student, und wir haben versucht, gemeinsam Politik zu machen. Diese Suche nach einem Bündnis drückte sich von meiner politischen Richtung her in der Forderung von demokratischen Lehrinhalten aus. Dazu gehörte auch „Marx an die Uni“, aber sich selbst primär als Marxisten oder Marxisten-Leninisten darzustellen bildete nicht den Kern. Berufsverbot bekam ich 1976 auf Grund dessen, was ich z.B. in Wahlkämpfen der SEW öffentlich gesagt habe, das war gerichtsverwertbares Material, und ich hatte das Glück, dann, in der Berufung 1978, an einen Richter zu geraten, der meine Dissertation anforderte. Und er hat dieses Forster-Buch gelesen, und in dem, was ich „Sozialgeschichte der Literatur“ nannte, erkannte er Marxismus-Leninismus. Er meinte dann aber mit dem KPD-Verbotsurteil, solange diese Theorie nicht mit Praxis verbunden wäre, wäre ihre Lehre frei, und die Diss wäre so differenziert, dass von mir nicht zu erwarten wäre, dass ich mich Beschlüssen, die ich nicht für sinnvoll hielt, unterordnen würde. Und von daher kam er zu dem Urteil, dass die FU mich einstellen müsse. Gegen dieses Urteil in die Revision vor dem Bundesarbeitsgericht zu gehen, das sicher gegen mich entschieden hätte, wurde der damalige Präsident der FU Eberhard Lämmert zunächst gezwungen, aber sowohl durch eine von KollegInnen organisierte Solidaritätskampagne als auch von den Studierenden – auch international – gesammelte Unterschriften ist die Universität dazu motiviert worden, in der entscheidenden Personalkommissionssitzung, einem staatlich-universitär gemischten Gremium, für die Rücknahme der Revision zu stimmen. Und Alfred Andersch, über den ich zusammen mit Scherpe damals ein Seminar machte, hat, von den StudentInnen des Seminars angeschrieben, kurz vor seinem Tod einen Brief an Peter Glotz, den damaligen Wissenschaftssenator, geschickt, wo er ihm von Schriftsteller zu Schriftsteller nahelegte, diesem gespenstischen Treiben von Bürokraten ein Ende zu machen. In Marbach liegt der Antwortbrief von Glotz, in dem er darauf einging. Er hat seinen Vertreter dafür stimmen

lassen, dass ich drinbleibe. Zu den bemerkenswerten Details dieser Geschichte gehörte damals schon, dass von nur einer einzigen Universität südlich des Main eine HochschullehrerInnenunterschrift für die Rücknahme der Revision kam, nämlich aus Saarbrücken. Bemerkenswert ist aber auch noch die Übernahme des Berufsverbots durch die linke Germanistik selbst, von der ich aber erst mit vielen Jahren Verspätung auf meinem allerersten Kongress in den Vereinigten Staaten erfahren habe, 1989. Zwei Kollegen erklärten mir, weshalb ich nie zum „Dringenberger Kreis“ eingeladen worden sei, von dessen Existenz ich auch erst spät, als ich schon in Großbritannien war, erfahren hatte. Sie sagten mir, dass ich als ‚Parteikommunist‘ ausgeschlossen wurde.

undercurrents: Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Frage zurückkommen, inwieweit sich Ihr politisches Handeln an der Universität mit anderen politischen Praxisformen verbunden hat. Welche anderen Kontexte, welche Akteure und Akteurinnen waren sonst wichtig für Sie?

Helmut Peitsch: Ich war bis 1985 in der SEW politisch aktiv. Das war Hochschulpolitik, aber natürlich nahm ich auch an Demonstrationen teil, die keine hochschulpolitischen Themen hatten. Es gehörte auch dazu, dass eine breitere nicht akademische Öffentlichkeit dadurch erreicht wurde, dass ich für die *Deutsche Volkszeitung*, die Vorgängerin des *Freitags*, geschrieben habe und auch für den *kürbiskern*, für eine literarische Öffentlichkeit, die aber, was die politische Richtung anging, eben wieder auch ein Bündnisfeld war. Aber Ihre Frage ist eine sehr gute Frage, ob nämlich nicht dieses Urteil, auf Grund dessen ich drin blieb, bei mir eine auch aus dem Versuch, bündnisfähig zu schreiben, folgende Zurückhaltung bei der expliziten Thematisierung von Theorie und Methode verstärkt habe. Ich bin eben auch dadurch dezidiert Literaturhistoriker geworden, dass ich nicht durch primär theoretische Argumentation überzeugen will, sondern dass ich durch konkrete Analyse konkreter historisch-gesellschaftlicher Situationen überzeugen will und von daher implizit halte, was andere explizit machen.

undercurrents: Sie haben in einem jüngeren Forschungsbeitrag aufgezeigt, dass das Jahr 1989 eine Zäsur darstellt, mit der Ansätze wie der historische Materialismus aus der Germanistik verdrängt wurden.¹ Inwieweit haben die Verfahren um Berufsverbote mit zu dieser Entwicklung beigetragen?

Helmut Peitsch: Ich habe neulich ein Kolloquium in der Anglistik erlebt, in dem der prominente *keynotespeaker*, zu dessen Ehren das Kolloquium stattfand, seinen Vortrag eröffnete mit den Worten: „Wir haben unsere Kritik des US-Imperialismus fortzusetzen.“ Da

¹ Vgl. Helmut Peitsch: Das Ende, Erbe und Potenzial materialistischer Literaturtheorie. In: Promotionskolleg Literaturtheorie als Theorie der Gesellschaft (Hrsg.): Literatur Macht Gesellschaft. Neue Beiträge zur theoretischen Modellierung des Verhältnisses von Literatur und Gesellschaft. Heidelberg: Winter 2015, S.141-167.

habe ich mir ein entsprechendes germanistisches Gremium vorgestellt, wo ich als ersten Satz sagen würde: „Ich setze meine Kritik des BRD-Imperialismus fort“. Das schien mir undenkbar, denn schon diesen Terminus überhaupt zu verwenden ist disziplinar verboten. Zum Beleg: Ich habe im Haus der Wannsee-Konferenz einen Vortrag gehalten über die Art und Weise, wie ZeitzeugInneninterviews, wie das genannt wird, ausgewertet werden. Danach kam der Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu mir und sagte, wenn ich wollte, dass mir irgendein Mensch zuhört, dann dürfte ich nicht das Wort Faschismus verwenden, und auf meine Frage kam dann die Begründung, dass ich mit dem Begriff die Singularität des Holocaust leugne. So funktioniert ein Konsens, dessen Grenzen nicht thematisiert werden dürfen. Sie haben ja angespielt auf meinen Beitrag zu der „Literatur Macht Gesellschaft“-Ringvorlesung, und wenn Sie in der Einleitung nachlesen, wie mein Text zusammengefasst wird, dann finden Sie die von mir analysierten Ursachen für den Ausschluss des historischen Materialismus zusammengefasst unter dem Stichwort: Ende einer ‚Mode‘. Es war der Versuch eines Gesprächsangebots, aber es ist offensichtlich schwierig, über dieses explizit Politische innerhalb des Fachs ins Gespräch zu kommen.

undercurrents: Sie haben in diesem Zusammenhang auch auf die Abwicklung der DDR-Germanistik nach 1989 hingewiesen. Welche Rolle spielt es für Sie, diesen vielfach ausgeblendeten Teil der Fachgeschichte wieder in den Blick zu rücken?

Helmut Peitsch: Es ist, von mir aus gesehen, der Versuch, etwas im Spiel zu halten, das einmal als Teil eines Konsenses funktioniert hat. Und von daher nicht primär über Polemik, sondern durch den Versuch, zu erinnern an Potenziale, die da liegen, an die anzuknüpfen, oder an Fragen, die aufzugreifen, die zu stellen sich lohnt. Ich habe im September zusammen mit zwei Kollegen ein Kolloquium organisiert zum 80. Geburtstag eines DDR-Wissenschaftlers, der damals für unser Westberliner Projekt sehr wichtig gewesen ist mit dem Vorschlag einer inneren Periodisierung des 18. Jahrhunderts. Ich habe mich sehr gefreut, dass die Mehrheit des Publikums nicht dessen ehemalige Kollegen und Kolleginnen waren, sondern tatsächlich Doktoranden und Doktorandinnen, die teilweise auch beigetragen haben. Und es ist wirklich auch ganz toll zu sehen, dass jetzt zwei Doktoranden von mir zu Lukács und Benjamin arbeiten und dabei Fragen stellen, auf die sie auf der Basis von Archivfunden gekommen sind, und die heute herrschende Ansichten in Frage stellen.

undercurrents: Ist für Sie die Frage nach diesen aus der Disziplin verdrängten marxistischen Ansätzen also auch mit der Frage nach einer Aktualisierung verbunden?

Helmut Peitsch: Da sehe ich mich eher als jemand, der beteiligt ist an etwas, das vorgeht. Es ist nicht so, dass ich mich hinstelle und sage: Das ist das Zentrale, sondern ich stelle fest, nicht zuletzt in Ihrer Zeitschrift, dass es eben doch ein Interesse für marxistische Theorie der Vergangenheit gibt. Um ein anderes Dissertationsprojekt zu nennen: Ein Doktorand arbeitet über Bachtin, Auerbach und Curtius unter dem Gesichtspunkt der Europakonzeption in ihrer Literaturtheorie, also wie Konzepte von Literarizität und Europa vor allem im Hinblick auf den Rest der Welt zusammenhängen. Und er geht an das Problem – das finde ich ganz

ausgezeichnet – über die Rezeption der drei Autoren in den *postcolonial studies* heran und stößt dabei auf Defizite in den *postcolonial studies*, die sich z.B. in der Ausblendung von historischem Materialismus bei Bachtin zeigen.

undercurrents: Sie haben in Ihrem Beitrag die Ausklammerung marxistischer Ansätze als Spezifikum der deutschsprachigen Germanistik, bzw. der deutschsprachigen Kulturwissenschaft benannt. Im US-amerikanischen Raum beispielsweise sind die *cultural studies* stärker mit marxistischer Theorie verbunden – gerade die Anfänge der *postcolonial studies* (Stuart Hall oder die *subaltern studies*) zeigen das. Denken Sie, dass für die starke Unvereinbarkeit von poststrukturalistischen und marxistischen Ansätzen in Deutschland die Zäsur 1989 eine besondere Rolle gespielt hat?

Helmut Peitsch: Ja, würde ich sagen. Ich habe ja schon die Potsdamer AnglistInnen mit ihrem Kolloquium erwähnt, und z.B. der anglistische Kollege, mit dem zusammen ich dieses Semester ein Seminar über James Cook mache, der hat überhaupt keine Schwierigkeiten, sich selbst im Seminar offensiv als Materialist zu bezeichnen, während ich das programmatisch in meinen Veranstaltungen nicht tue. Und das ist, glaube ich, eine Folge davon, welche Sprecherpositionen in der Germanistik als wissenschaftlich legitim akzeptiert sind. Von daher denke ich tatsächlich, dass die kulturwissenschaftliche Orientierung in der Bundesrepublik eben wesentlich durch Poststrukturalismus und Dekonstruktion bestimmt alle davon abweichenden Momente in den US-amerikanischen und britischen *cultural studies* bei uns nicht ankommen ließ, also ganz schematisch gesagt, dass von der klassischen Dreiheit die Kategorie *class* im bundesrepublikanischen Kontext nicht wirklich konsensuell rezipiert worden ist, als dazugehörig. Für die tatsächlich einflussreichen Konzepte, ich denke vor allen Dingen an das „kulturelle Gedächtnis“, dominiert eine Artikulation nur von *gender* und *race* wie bei den Assmanns, wo sich letztlich alles reduziert auf eine eigentlich nach dem Muster von Generationen familiär begriffene Nation, in der aus dem kommunikativen das kulturelle Gedächtnis über drei Generationen ‚aufsteigt‘. Es hat lang gedauert, bis mit Ulrike Jureit eine Historikerin, niemand aus den Philologien, die ethnisierende Funktion dieser Theorie und damit letztlich das Nationalistische dieser Theorie auf den Punkt gebracht hat. Ich kann das mit einer Anekdote erläutern, weil sie den Punkt betrifft, an dem in der kulturwissenschaftlich orientierten Germanistik eben, was *gender* und *race* angeht, durchaus Anerkennenswertes geleistet wurde: Anfang der 90er Jahre habe ich eine Kollegin aus der Bundesrepublik, damals war ich noch in den USA, gefragt, warum es in der englischsprachigen Germanistik damals sechs Veröffentlichungen zum *gender*-Aspekt des deutsch-deutschen Literaturstreits gab, also Erklärungen: warum Christa Wolf?, und warum keine einzige bundesrepublikanische Arbeit (bis heute) dazu existiert. Und damals hat die Kollegin mir gesagt: Wir erforschen doch nicht die Prozesse, denen wir unsere Lehrstühle verdanken.

undercurrents: Es gibt also ein Ineinandergreifen von institutionellen Machtgefügen und AkteurInnen, die sich etablieren konnten und einer Hegemonie von bestimmten Theorieansätzen, bzw. ihrer Rezeptionsweise in Deutschland?

Helmut Peitsch: Aber bei der Untersuchung von diesen Prozessen scheinen mir durch die Vorherrschaft von Bourdieu jedenfalls auf dem linken Feld die für die jüngeren Kollegen und Kolleginnen sehr wichtigen Punkte von Konkurrenz sozusagen durch die Theorie naturalisiert zu werden und alles, was dagegen wirken kann, gegen Konkurrenz, durch Vertretung gemeinsamer Interessen nämlich, ausgeblendet. Ich habe Bourdieu 1972 gelesen und die Annahme des Autonomiepols, ob in der Wissenschaft oder in der Literatur, für ideologische Fiktion gehalten, die die ideologischen Auseinandersetzungen über das, was als Autonomie dann akzeptiert und als wahre Wissenschaft oder Literatur von deren nicht-legitimem Anderem unterschieden werden kann, dethematisiert. Ich habe damit eine Schwierigkeit, dass in vorherrschenden literatur- und wissenschaftssoziologischen Ansätzen gerade die Fragen nach den Interessen und den Funktionen ausgeblendet bleiben.

undercurrents: Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu jüngeren Ansätzen, wie dem s.g. *material turn* oder zu praxeologischen Ansätzen? Oder wie sehen Sie z.B. die Rezeption des *New Historicism* auch im Verhältnis gegenüber dem US-amerikanischen Raum?

Helmut Peitsch: Auch in den USA unterscheidet sich ja stark, wie dekonstruktivistisch der jeweilige *New Historicist* ist. Also wenn es wirklich die Textualität von Geschichte ist, dann ist der ‚naive Realist‘, der ich geblieben bin, nicht dabei. Krass gesagt, in den Einführungen in unser Fach, in denen alles mit dem *linguistic turn* erst beginnt und sozusagen das Akzeptieren des *linguistic turn* die Bedingung für die Zulassung zur Diskussion ist, bin ich draußen, weil ich den nicht akzeptiere. Und das ist auch mein Problem mit *New Materialists* oder PraxeologInnen – gibt es eine letzte Instanz? Ich halte an der letzten Instanz, den Produktionsverhältnissen fest. Ich muss aber zugleich sagen, dass ich ziemlich dicht nach Bourdieu Bachtin gelesen habe – lange vor seiner Vermittlung durch Kristeva, nämlich in der DDR-Zeitschrift „Kunst und Literatur. Sowjetwissenschaft“ 1974 den Aufsatz „Zeit und Raum im Roman“. Bachtins Satz, dass die Welt immer schon eine besprochene ist, änderte nichts daran, dass ich Bachtin als historischen Materialisten gelesen habe. Denn die Tatsache, dass die Welt immer schon eine besprochene ist, heißt nicht, dass sie durch das Sprechen konstituiert wird oder dass wir sie dann auch noch individuell konstruieren. Ich lese die Arbeiten der jungen KollegInnen, die mit Bourdieu oder historischer Diskursanalyse arbeiten, gerne. So lange sich die Gesellschaft nicht in Kultur auflöst, bin ich sehr froh. Darunter würde ich es eigentlich bringen. Auch wenn es weggeht von der durch den Dekonstruktivismus gedeckten immer erneuten Beschäftigung mit immer wieder denselben Texten, ohne die Frage zu stellen, was bedeutet diese Kanonisierung, in der sich die deutsche Literatur dann auf fünf Namen reduziert, wie das jetzt vor allem in den Vereinigten Staaten geschieht, wo es immer wieder dieselben sind, die eigentlich auch mit immer wieder demselben Ergebnis besprochen werden.

undercurrents: Und welche Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer eigenen Arbeit?

Helmut Peitsch: Mein Versuch mit der eigenen Arbeit war darauf angelegt, über dieses betont empirische Arbeiten, von anderen Positionen ausgehende allgemeine Beschreibungen z.B. der

Nachkriegsliteratur in Frage zu stellen und zu überzeugen dadurch, dass bisher nicht beachtetes Material, das sich einer Aufmerksamkeit für Klassenverhältnisse erschließt, diese Fragestellung zu einer wissenschaftlich akzeptablen macht. Wir haben ja über Forster als den einen Schwerpunkt meiner Arbeit gesprochen, aber der andere ist – was sich schon aus dem ergibt, was ich zu Böll und meinen Schülerzeitungsartikeln gesagt habe – die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in der Literatur. Und eigentlich ist alles, was ich dazu in den 90er Jahren geschrieben habe, eine Auseinandersetzung mit dem sogenannten antitotalitären Konsens, der das wiedervereinigte Deutschland charakterisiert und der Positionen als illegitim ausschließt, die Faschismus als Kapitalismus charakterisieren. Ich habe mittlerweile viel an Material zu dem Thema publiziert, aber es gibt darauf kein Echo. So sehe ich mich auf eine Wirksamkeit hier in Potsdam gewissermaßen eingeschränkt.

undercurrents: Aber in Potsdam gibt es solche Arbeitszusammenhänge?

Helmut Peitsch: Als die für mich wichtigsten Arbeitszusammenhänge haben sich über die Jahre seit 2001 die mit dem Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien erwiesen. Sie bedeuteten die Möglichkeit, in einer breiteren Öffentlichkeit zu wirken über Konferenzen, die organisiert wurden, aber vor allem in zwei Graduiertenkollegs. Das von der Friedrich Naumann-Stiftung finanzierte Kolleg zum Thema „Liberalismus und Demokratie“ hieß Walther Rathenau-Kolleg und war ein sehr interdisziplinäres, das sehr gut gelaufen und nun abgeschlossen ist, und das neue Ludwig Rosenberg-Kolleg, das was jetzt von der Hans Böckler-Stiftung gefördert wird, bearbeitet das Thema „Judentum und Arbeiterbewegung“, und in diesem Zusammenhang entstehen die schon genannten Arbeiten zu Lukács und Benjamin. In jedem der beiden Kollegs wurden bzw. werden jeweils vier meiner DoktorandInnen gefördert. Was ich an Julius H. Schoeps so schätze, dem jetzt scheidenden Direktor des MMZ, ist z.B. die Einladung zur Mitarbeit an einem seiner Sammelbände über jüdisches Kulturerbe mit einem Artikel, in dem ich unterschiedlichen Weisen dokumentiere, wie Juden in der DDR mit ihrer jüdischen Herkunft unter dem Stichwort Antifaschismus umgegangen sind. Denn wirklich von mir sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen sind sich einig mit einer Formulierung, die die Friedrich Ebert-Stiftung 1990 passenderweise rechtzeitig gefunden hatte und die sich der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestags „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zu eigen machte: eine der folgenreichsten Langzeitwirkungen sei die Störung bzw. Zerstörung des jüdischen Identitätsbewußtseins gewesen. Damit waren alle in der DDR lebenden Jüdinnen und Juden als solche, die mit ihrer Identität ‚falsch‘ umgegangen sind, sozusagen zum Schweigen gebracht. Und da braucht man die Texte auch nicht zu lesen, wenn man das schon weiß. Bei aller Problematik von Öffentlichkeit in der DDR kann man nicht einfach die Texte ignorieren, die veröffentlicht worden sind. Hier kommt auch mein – gegenüber der kulturwissenschaftlichen Orientierung eher skeptisches – philologisches Insistieren ins Spiel. Es gehörte zu meinen Schocks, als ich in Potsdam ankam, aber das hatte zugleich etwas Gutes, dass eine Bibliothekarin auf mich zu kam und sagte, sie habe bei der Neugründung der bundesrepublikanischen Universität Potsdam Bücher aus dem Bestand der Pädagogischen Hochschule Karl Liebknecht gerettet, die makuliert werden sollten. Dazu gehörte z.B. die

Erstausgabe von Nelly Sachs „In den Wohnungen des Todes“, und dazu gehörte Grete Weils „Ans Ende der Welt“, einfach wegen des Erscheinungsortes Ost-Berlin wurden sie ausgesondert und sollten vernichtet werden. Viel weniger bekannte Titel waren auch darunter, etwa die Produktion des Verlags der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, eines Potsdamer Verlag, von dessen 250 Titeln die meisten in keiner Bibliothek der Länder Berlin und Brandenburg vorhanden sind; aber in diesem von der Bibliothekarin im Keller eines Wohnheims vor der Makulierung geretteten Bestand habe ich zumindest 80 gefunden und dann auch noch stärker ‚retten‘ können. Sie sind jetzt hier in meinem Büro in meinem Handapparat und kommen, wenn ich dann im März hier ausziehe, in die UB, denn sie gehören jetzt in deren offiziellen Bestand. Das passt vielleicht auch noch einmal zu Ihrer Frage, was ich für das ‚kulturelle Gedächtnis‘ tue, außer den Begriff zu bekämpfen.

undercurrents: Was ist nach 1989 aus kollektiv organisierten Gruppen und kommunistischen Zusammenhängen im akademischen Umfeld geworden? Haben diese Ausschlussprozesse zu Rückzug und Vereinzelung geführt? Wer konnte sich unter diesen Bedingungen noch an der Universität etablieren, wer nicht? Welche Formen der Organisation gab es noch?

Helmut Peitsch: Da kommt wieder das Problem meiner 16 Jahre außerhalb der Bundesrepublik ins Spiel. Denn ich habe diesen Prozess nicht in der Bundesrepublik erlebt, genauso wie ich die ‚Vereinigung‘ nicht in der Bundesrepublik erlebt habe. Aber ausgerechnet am 9. November 1989 war ich in der DDR und ich habe mit Schabowski sozusagen zeitgleich gesprochen. Ich hielt ein Referat über die Forster-Rezeption in der DDR. Und da habe ich zum ersten Mal in meinem Leben erlebt, dass ich auf ein Referat keine einzige Frage kriegte (obwohl es durchaus auch kritisch mit einigen Anwesenden umgegangen war). Und ich bin dann deprimiert, weil auch die sehr wenigen DDR-KollegInnen, die ich persönlich kannte, nicht mit mir diskutieren wollten, ins Hotel gegangen. Ich sah mir auf DDR 2 die Dokumentation über Juden und Antisemitismus im deutschsprachigen Film an und schaltete nach deren Ende auf Westfernsehen um, was man im Hotel Berlin sehen konnte: Da standen die Abgeordneten des Bundestages und sangen die Nationalhymne, und da hatte ich dann die Assoziation, die ich Monate später nur bei Gremliza gelesen habe, nämlich 1914 und 1933, die Zustimmung der SozialdemokratInnen zu Hitlers außenpolitischem Programm war nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs der zweite Anlass, im Parlament die Nationalhymne zu singen. Meine Assoziation war, dass meine beiden Söhne, die damals neun und vier waren, nicht in einem Europa ohne Krieg aufwachsen werden. Die Brisanz dessen, was da zu geschehen begann, schien mir vom ersten Moment klar. Es war mein Vorteil, in Großbritannien zu sein, dass ich die Nicht-Selbstverständlichkeit der Rolle der Bundesrepublik bei der Zerschlagung Jugoslawiens von den britischen Medien kritisch vermittelt bekam. Für mich blieb auch der britische Außenminister vorm Brandenburger Tor unvergesslich, der sagt: Reunification is not on the agenda. Das sind die Dinge, die die Erinnerung an den Mauerfall, über die jetzt 25 Jahre später soviel geredet wurde, in meinem Fall anders macht – auch anders als die der FreundInnen und KollegInnen, mit denen ich in Kontakt blieb. Ich habe in den ersten Jahren nach 1985 noch versucht, den Privatdozenten-Status aufrecht zu erhalten und Studierende zu betreuen, aber das wollte dann

die FU nicht mehr, weil es immer nur als Blockseminar ging. Gehalten haben aus dem Freundeskreis um das „Westberliner Projekt“ Mattenklotts vor allem die Beziehung zu einem Freund, der in Dänemark vor kurzem an der Universität Roskilde pensioniert worden ist, und zu einem anderen, der zunächst wie die übrigen Mitautoren des Buchs von 1974 Lehrer geworden ist, aber dann bis zur Pensionierung Leiter der pädagogischen Abteilung einer Gedenkstätte. Während ich mich mit diesen Freunden bei jeder Reise in die BRD getroffen und auch gestritten habe, über Gorbatschow zum Beispiel, ist es mir nicht gelungen, dieselbe Art wie in Westberlin von praktischer politischer Einbindung in Swansea zu finden, wo ich am längsten war. Der Vorsitzende der Gruppe der Kommunistischen Partei Großbritanniens an der Uni, ein prominenter, in *Marxism Today* schreibender Historiker, schien einfach nicht einen aus der nicht-eurokommunistischen SEW in seiner Partei haben zu wollen. So war ich in gewisser Weise dann ausgeschlossen, auch wenn ich in der Gewerkschaft AUT und im CND – insbesondere während des ersten Irakkriegs – aktiv war. Ich habe diese Situation nie als Exil begriffen. Ich hätte auch bis an mein Lebensende dort bleiben können. Aber dann sah es 1999 in Cardiff, wo ich damals in einer *School of European Studies* war, so aus, als sollte die Literatur- zugunsten der Politikwissenschaft abgebaut werden. Ich hatte mit großer Begeisterung einen Master „Literature in European Cultures“ mit RomanistInnen, die sich für italienische, spanische und französische Nachkriegsliteratur interessierten, aufgebaut, war aber der einzige Professor in den *languages*, dem zehn in *politics* gegenüberstanden. Deshalb habe ich mich für Potsdam beworben. Aber die Leitlinien für das, was ich dann wissenschaftlich in Potsdam gemacht habe, meine Forschungsschwerpunkte habe ich identifiziert in der gemeinsamen Entwicklung des Masters in Cardiff; meine KollegInnen waren alles wirklich britische *cultural studies*-Leute und für die war der Marxismus eben auch kein Tabu. Von daher hatte ich neue Anknüpfungsmöglichkeiten in Großbritannien, die zwar nicht mehr diese praktisch politische Qualität hatten, die es mir aber wissenschaftlich erlaubt haben, meine Position in Auseinandersetzung mit Poststrukturalismus und Dekonstruktion, die im *english department* stark vertreten waren, weiterhin zu vertreten und hoffentlich weiterzuentwickeln.

undercurrents: Was hat das für Ihre Lehre bedeutet?

Helmut Peitsch: Positionsveränderungen eines Professors haben für den von ihm abhängigen Nachwuchs Konsequenzen – das war meine Erfahrung am Ende meiner Zeit an der FU. Was ich daraus gelernt zu haben meine, als ich dann Professor war, ist vor allem, dass ich nicht nur Studierende mit meiner theoretisch-methodologischen Orientierung betreue, sondern dass ich es spannend fand, an Dissertationsprojekten als Betreuer beteiligt zu sein, die von ganz anderen Voraussetzungen ausgingen. Das entspricht dem, was ich Bündnisorientierung genannt habe, aber jetzt eben innerwissenschaftlich. Dazu gehört auch, dass ich gegen Schwierigkeiten im Institut immer dafür eingetreten bin, dass wir eine Pflicht haben, dem Nachwuchs eine Möglichkeit zur Lehre zu geben. Was die Mehrheit anfangs kategorisch verneinte, weil sich dadurch die Zulassungszahlen erhöhten (und damit Korrekturen und Betreuungen durch die Festangestellten). Es wurde kriminell genannt, dass ich die Leute zur Promotion annehme, obwohl die Arbeitsmarktsituation so ist, wie sie ist.

undercurrents: Zuletzt würde uns interessieren, wo Sie aktuell an der ökonomisierten, neoliberal organisierten Universität Handlungs- oder Interventionsmöglichkeiten sehen? Wie können Formen der Organisation aussehen?

Helmut Peitsch: Sie erwischen mich da an einem Punkt, wo ich auch wirklich ein schlechtes Gewissen habe. Am Anfang in Potsdam stand meine Fassungslosigkeit über die Ankunft in einer Ordinariuniversität, die ich noch nicht erlebt hatte, denn schon in meinem ersten Semester hatte ich ja die beginnende Reformuniversität erlebt. Dass eben auf Grund der neuen Gesetzeslage der Dekan das Profil der Fakultät ändern kann, ohne dass es irgendeine Diskussion in irgendeinem Gremium vorher gegeben hat, ließ mich z.B. von der Website der Fakultät erfahren, dass Jüdische Studien kein Schwerpunkt im Profildbereich mehr waren. Unter dem, was unter diesem *managerial style* verstanden wird, unter dieser mit Ökonomisierung verbundenen Entdemokratisierung, habe ich gelitten, ohne wirklich etwas dagegen zu tun. Ich kannte bis 1985 politische Gruppen im Fachbereichsrat, hier in Potsdam wird von Individuen antichambriert. Mir ist der hier getriebene Kult mit Preußen insofern sehr einleuchtend geworden, als es darum zu gehen scheint, immer zum Fürsten oder zu den drei Stufen von Fürsten zu gehen, also: Dekan, Präsidenten, Ministerin. Und dem entgegen gewirkt habe ich allenfalls dadurch, dass ich Kooperationen gesucht habe. Ich stellte fest, es gibt das Bedürfnis nicht nur bei mir, das gibt es auch bei anderen, denn Kollegen kontaktierten mich, ob wir nicht wenigstens gemeinsame Lehrveranstaltungen machen könnten. So habe ich sowohl mit einem Kollegen aus der Medienwissenschaft als auch aus dem Historischen Institut und vor allem mit zwei KollegInnen aus der Anglistik gemeinsame Seminare gemacht, und das ist eine unglaublich positive Erfahrung, solche interdisziplinären Seminare.

undercurrents: Eine verstärkte Vereinzelung scheint also ein Problem zu sein.

Helmut Peitsch: Schon. Ich habe erst vor zwei Wochen von der Kollegin im Institut, die in der GEW sehr aktiv ist, während ich ein passives Mitglied der GEW bin, erfahren, dass ich eins von zehn Mitgliedern der GEW bin unter den 350 ProfessorInnen der Potsdamer Uni. An der FU waren die Mitglieder sowohl der professoralen politischen Fachbereichsgruppe als auch der des Mittelbaus – linksliberal nannte sich die ProfessorInnengruppe, und wir waren, wie gesagt, der linke Mittelbau – Mitglieder der Gewerkschaft. Dieser politisch-gewerkschaftliche Zusammenschluss hat mir in der Fakultät gefehlt, vor allem für Debatten. Da, wo wirklich politische Fragen entschieden wurden, ist keine Debatte geführt, sondern der stumme Zwang der Ökonomisierung von der Verwaltung exekutiert worden. Der Studiengang Jüdische Studien, der u.a. von Schoeps gegründet worden war mit den drei Säulen Religion, Geschichte sowie Literatur und Kultur ist jetzt akut dadurch gefährdet, dass Millionen von Bundesmitteln im Rahmen der staatskirchenrechtlichen Gleichstellung von Christentum mit Islam und Judentum zur Gründung einer rein theologisch ausgerichteten *School of Jewish Theology* geführt haben – obwohl es in der anfänglichen Diskussion im Erweiterten Fakultätsrat, die es da ausnahmsweise gab, eine überwiegend ablehnende Haltung der Fakultätsmitglieder gab. Aber das ist keine wirkliche Antwort auf Ihre Frage.

undercurrents: Wahrscheinlich gibt es da auch keine ‚richtige‘ Antwort. Aber wie schätzen Sie in dem Zusammenhang Ihre eigenen Doktoranden und Doktorandinnen ein, spielt politische Organisation eine Rolle?

Helmut Peitsch: Doch: Zwei meiner DoktorandInnen waren unheimlich aktiv, und der eine gehört auch noch zu den Glücklichen, die gleich nach der Dissertation eine Wissenschaftliche MitarbeiterInnen-Stelle bekommen, er in der Literaturdidaktik; die andere hat jetzt gerade ihre Arbeit über Jean Améry abgegeben. Sie haben 2010 eine Lehrbeauftragteninitiative gegründet, die nicht nur ein gewisses Echo in den lokalen Medien, sondern letztlich auch eine Wirkung hatte. Dass ich im Institut nicht mehr zu tauben Ohren predigen musste, wenn es um Lehraufträge für den Nachwuchs ging, das lag auch schon an dem Einsatz dieser beiden AktivistInnen. Von daher: das gibt’s.